

Warnung vor Anschlägen

Albaniens Aufständische: Präsident will Zwischenfälle provozieren

Agenten des albanischen Geheimdienstes Shik planen Anschläge auf die multinationale Eingreiftruppe. Das behaupteten am Freitag Sprecher des Wohlfahrtsausschusses in der albanischen Hafenstadt Vlora. Azem Lamaj, ein Sprecher des Komitees der Aufständischen, erklärte, Agenten von Präsident Sali Berisha wollten italienische Soldaten töten. Damit, so hieß es, solle eine Stationierung der Interventionstruppen in den aufständischen Gebieten verhindert werden. Laut Auskunft der Revoltierenden plant Berisha einen eigenen militärischen Vorstoß. Eine Abgabe ihrer Waffen, wie sie die OSZE am vergangenen Mittwoch gefordert hat, lehnten sie daher weiterhin ab.

Gerüchten zufolge wurden Mitarbeiter des Geheimdienstes Shik festgenommen, die von Berisha unterzeichnete Anweisungen für eine entsprechende Mission bei sich getragen hätten. Der Polizeichef von Vlora, Milto Kordha, dementierte dies. Bei den mutmaßlichen Berisha-Agenten handele es sich um reguläre Offiziere der Armee, die »ihre Papiere vergessen« hätten.

Regierungschef Bashkim Fino und die Demokratische Partei von Präsident Berisha stellten indes den von der OSZE verkündeten Wahltermin am 29. Juni in Frage. Darüber sei gar nicht gesprochen worden, sagte der Chef der Demokratischen Partei, Tritan Shanu, am Donnerstagabend. Seine Partei sei lediglich grundsätzlich damit einverstanden, bis Ende Juni Wahlen abzuhalten; dies gelte aber nur unter der Voraussetzung, daß die Aufständischen im Süden des Landes entwaffnet würden. Der Sozialist Fino erklärte, das Datum der Wahlen sollte erst »nach einer Einigung« zwischen den Parteien und Präsident Berisha festgelegt werden.

Der Vermittler der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Franz Vranitzky, hatte zuvor mitgeteilt, die vorgezogenen Parlamentswahlen sollten am 29. Juni stattfinden. Strittig seien aber noch der Zugriff auf die staatlichen Medien und die von den Sozialisten geforderte Abschwächung des Mehrheitswahlrechts.

Die Stationierung der Eingreiftruppe wurde am Freitag mit der Ankunft mehrerer hundert Soldaten zunächst ohne Zwischenfälle fortgesetzt.

AFP/AP/jW

<https://www.jungewelt.de/artikel/138.warnung-vor-anschlaegen.html>